

Fall 8 – Lösungsvorschlag

Erster Tatkomplex: Das Geschehen in der Kneipe

A. STRAFBARKEIT DES A WEGEN GEFÄHRLICHER KÖRPERVERLETZUNG GEM. §§ 223 ABS. 1, 224 ABS. 1 NR. 4 STGB DURCH DAS VERPRÜGELN DES X

Indem A den X zusammen mit B verprügelte, könnte er sich wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

1. Objektiver Tatbestand

a) Indem A den X verprügelte, hat A diesen in kausaler und objektiv zurechenbarer Weise körperlich misshandelt und an der Gesundheit geschädigt.

Hinweis: Es interessieren hier v.a. die AT-Fragen; BT-Fragen werden daher oberflächlicher behandelt.

b) A könnte die Qualifikation der gefährlichen Körperverletzung gem. § 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB verwirklicht haben. Dafür müsste er die Körperverletzung mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich begangen haben. Eine gemeinschaftliche Körperverletzung setzt das einverständliche Zusammenwirken von mindestens zwei Personen unmittelbar am Tatort als Angreifer voraus.¹ Hierfür ist kein mittäterschaftliches Zusammenwirken erforderlich. Dafür spricht die Legaldefinition in § 28 Abs. 2 StGB, wonach „Beteiligte“ Täter und Teilnehmer sind. Hier haben A und B im Tatzeitpunkt trotz ihrer Trunkenheit bewusst und einverständ-

lich zusammengewirkt und X zusammen angegriffen. Eine gemeinschaftliche Begehung gem. § 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB liegt somit vor.

2. Subjektiver Tatbestand

A handelte vorsätzlich sowohl hinsichtlich des § 223 Abs. 1 StGB als auch hinsichtlich der gemeinschaftlichen Begehungsweise.

Hinweis: Zwar besaß A zum Tatzeitpunkt keine ausreichende Steuerungs- und Einsichtsfähigkeit mehr, jedoch betrifft das die Vorwerfbarkeit der Willensbildung und Willensbetätigung. Für die Bejahung des Vorsatzes kommt es entscheidend auf die Bildung eines natürlichen Willens an.²

II. Rechtswidrigkeit

Rechtfertigungsgründe sind nicht ersichtlich.

III. Schuld

A müsste auch schuldhaft gehandelt haben.

1. Schuldfähigkeit

Hier könnte A gem. § 20 StGB schuldunfähig gewesen sein, da er zum Tatzeitpunkt bereits stark alkoholisiert war und eine Blutalkoholkonzentration (BAK) von 3,4 ‰ aufwies. Zwar besteht nach Ansicht des BGH kein Automatismus zwischen BAK und absoluter Schuldunfähigkeit (ab 3 ‰), gleichwohl bleibt die BAK ein wichtiges Indiz für Schuldlosigkeit.³ Zudem schwankte A erheblich und zeigte somit alkoholbedingte Ausfallerscheinungen. Relevant ist jedoch vor allem, dass der Mangel an Einsichts- und Steuerungsfähigkeit **bei nachfolgenden Untersuchungen festgestellt wurde.**

Hinweis: Für die Klausur bedeutet dies, dass Promilleangaben ohne Hinweise darauf, was

¹ Wessels/Hettinger/Engländer Strafrecht BT 1, 47. Aufl. 2023, Rn. 237.

² Vgl. Schönke/Schröder/Sternberg-Lieben/Schuster, 30. Aufl. 2019, § 15 Rn. 60 ff., 63.

³ BGH NSTZ 2005, 329, 330.

aus diesen zu schließen ist, nicht für Fragen von §§ 20, 21 StGB interpretiert werden dürfen. Für die gutachterliche Prüfung ist die verminderte Schuldfähigkeit (§ 21 StGB) von untergeordneter Bedeutung, da sie einen fakultativen Strafmilderungsgrund enthält, strafzumessungsrechtliche Erwägungen in der (universitären) Klausur in der Regel aber nicht angestellt werden müssen.

Als er X verprügelte, befand sich A also in einem Zustand, aufgrund dessen er nicht mehr in der Lage war das Unrecht der Tat einzusehen (Einsichtsfähigkeit) oder nach dieser Einsicht zu handeln (Steuerungsfähigkeit). Da es sich bei einer Alkoholintoxikation um eine körperliche Wirkung auf die Gehirntätigkeit handelt, ist von einer krankhaften seelischen Störung im Sinne des § 20 Var. 1 StGB auszugehen.⁴ A handelte zum Tatzeitpunkt somit eigentlich (!) schuldlos.

2. Actio libera in causa

Jedoch könnte eine Strafbarkeit des A nach den Grundsätzen der „actio libera in causa“ (a.l.i.c.) in Betracht kommen.⁵ Anknüpfungspunkt der strafrechtlichen Haftung ist hier die selbstverschuldete Herbeiführung eines Defektzustandes, wenn der Täter die Ursachenreihe zu einer bestimmten Straftat, mit deren Ausführung er erst nach Eintritt der Schuldunfähigkeit beginnt, noch vollverantwortlich in Gang gesetzt hat.⁶ Das ist hier der Fall, denn A hat sich vorsätzlich in den Zustand der Schuldunfähigkeit begeben und hatte in diesem Zeitpunkt auch Vorsatz hinsichtlich der später zu begehenden Rauschtat (sog. **Doppelvorsatz**).

Hinweis: Den Doppelvorsatz hier zu prüfen, ist wichtig, weil das die Voraussetzung dafür ist, dass die a.l.i.c. überhaupt diskutiert wird. Im vorliegenden Fall war dieser aber unproblematisch gegeben, sodass seine Behandlung hier kurz erfolgen sollte.

Umstritten ist, was daraus folgt.

a) Nach einer Ansicht ist die a.l.i.c. als Ausnahme vom Koinzidenzprinzip zu behandeln:⁷ Nach dem Koinzidenzprinzip ist eine Straftat grundsätzlich nur dann gegeben, wenn zumindest zu einem Zeitpunkt alle für die Straftat konstitutiven Elemente (Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit, Schuld) gegeben sind. Das sog. **Schuld-Ausnahmemodell** statuiert eine Ausnahme von diesem Grundsatz: Obwohl die tatbestandliche Handlung im Zustand der Schuldunfähigkeit begangen wird, kann der Täter sich nicht darauf berufen, wenn er diesen Zustand selbst zurechenbar doppelvorsätzlich herbeigeführt hat.

Die a.l.i.c. sei bereits gewohnheitsrechtlich anerkannt. § 20 StGB sei in Fällen missbräuchlichen Versetzens in die Schuldunfähigkeit zwecks späterer Straftatenbegehung teleologisch zu reduzieren. Schließlich verlange das Schuldprinzip nur Übereinstimmung/Deckungsgleichheit, nicht aber zeitliches Zusammenfallen von Unrechtsbegehung und Schuld. Nach dieser Ansicht wäre A wegen des Verprügelns von X (Tathandlung) nach §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar.

b) Nach anderer Ansicht ist mit „Tat“ i.S.d. § 20 StGB ein über die Grenzen von Versuch und Vollendung hinausreichender Schuldbestand gemeint.⁸ Die Tatbegehung beziehe

⁴ Einordnung nach der h.M., vgl. etwa Lackner/Kühl/Heger/Heger, 30. Aufl. 2023, § 20 Rn. 4, 18.

⁵ Zu den Aufbaufragen s. Rengier Strafrecht AT, 164. Aufl. 2024, § 25 Rn. 32.

⁶ Vgl. zum Folgenden m.w.N. Wessels/Beulke/Satzger Strafrecht AT, 543. Aufl. 2024, Rn. 656 ff.

⁷ Hruschka JuS 1968, 558 ff.

⁸ MüKo-StGB/Streng, 54. Aufl. 2024, § 20 Rn. 1298.

folglich schuldhaftes Vorverhalten ein. So verhält es sich auch bei den §§ 17, 35 Abs. 1 S. 2 StGB. Nach diesem sog. **Ausdehnungsmodell** genügt es also bereits, dass das vorsätzliche Sich-Betrinken, um eine Straftat zu begehen, als Vorverhalten schuldhaft begangen wurde. Auch hiernach wäre A nach §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar.

c) Das sog. **Tatbestands- oder Vorverlagerungsmodell** bzw. das **Modell der mittelbaren Täterschaft** setzen bei § 22 StGB an. Das „unmittelbare Ansetzen“ zur Verwirklichung des Tatbestandes, das den Versuchsbeginn markiert, liege in den Fällen der vorsätzlichen a.l.i.c. in der vom Tatentschluss⁹ getragenen Herbeiführung des schuldunfähigen Zustandes als In-Gang-Setzen einer Ursachenkette, die später in die (eigentliche) Tatbestandsverwirklichung einmündet. Damit steht ein (subsidiärer) Anknüpfungspunkt für die strafrechtliche Haftung zur Verfügung, der sich als vorverlagerte Ursache begreifen lässt.¹⁰

Zudem könnte man argumentieren, dass sich der in die Schuldunfähigkeit Versetzende selbst als (schuldunfähiges) Werkzeug einsetzt, weshalb es legitim sei, wie bei der mittelbaren Täterschaft an die Einwirkung anzuknüpfen (**Modell der mittelbaren Täterschaft**).¹¹ § 20 StGB steht der Strafbarkeit

nach dieser Auffassung jedenfalls nicht entgegen, da der Täter bei Herbeiführung seines Defektzustandes noch voll schuldfähig war.¹²

Nach dieser Ansicht scheidet eine Strafbarkeit des A nach §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB wegen des Verprügels von X aus. Es kommt lediglich eine Strafbarkeit des A **wegen des Sich-Berauschens (als andere Tathandlung)** in Betracht.¹³ Dies hängt von der weiteren Prüfung ab.

d) Nach der sog. **Unvereinbarkeitstheorie** ist die a.l.i.c. schlicht unzulässig.¹⁴ Bereits der Wortlaut des § 20 StGB spricht eindeutig von Schuldunfähigkeit „bei Begehung“ der Tat, d.h. nicht im Vorfeld. Auch sind strafbegründende gewohnheitsrechtliche Ausnahmen unzulässig, denn sie verstoßen gegen Art. 103 Abs. 2 GG. Schließlich kann das „Sich-Berauschen“ bei keinem Delikt, also auch nicht beim Totschlag, als tatbestandsmäßige Handlung begriffen werden. Nach dieser Ansicht scheidet eine Strafbarkeit des A nach §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB von vornherein aus.¹⁵

e) Da die Ansichten zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen, ist eine Stellungnahme notwendig, d.h. die Auseinandersetzung mit den Ansichten und ihren jeweiligen Stärken und Schwächen. Da das Ausnahmmodell und

⁹ Tatentschluss bezeichnet beim Versuch der Sache nach den Vorsatz. Nur ist beim Versuch der Tatbestand nicht verwirklicht worden, sodass dem Vorsatz der Bezugsgegenstand (teilweise) fehlt. Außerdem erklärt § 22 StGB die Vorstellung des Täters von der Tat für maßgeblich. Daher wird im Rahmen des Tatentschlusses geprüft, ob das was der Täter sich vorgestellt hat, wäre es eingetreten, den gesetzliche Tatbestand erfüllt hätte.

¹⁰ So das sog. Vorverlagerungsmodell der h.M.; vgl. etwa Rengier AT, § 25 Rn. 12 ff.

¹¹ Jakobs Strafrecht AT, 2. Aufl. 1991, 17/64.

¹² Probleme bereitet diese Ansicht nur bei eigenhändigen Delikten (etwa §§ 315c, 316 StGB, die

nur durch das persönliche Führen eines Kfz begangen werden können). Dort lehnt der BGH das Modell einer a.l.i.c. inzwischen ab (BGH NJW 1997, 138 [139 f.]).

¹³ Im Obersatz wurde als relevante Handlung nur das Verprügeln bezeichnet!

¹⁴ NK-StGB/Paeffgen, 6. Auflage 2023, Vor § 323a Rn. 29.

¹⁵ Unproblematisch ist hingegen eine Strafbarkeit des A nach § 323a StGB zu bejahen, da die Begehung der rechtswidrigen Rauschtat (hier gefährliche Körperverletzung an X) als objektive Strafbarkeitsbedingung vorliegt.

auch das Modell der mittelbaren Täterschaft, gegen das Analogieverbot aus Art. 103 II GG verstoßen, sind beide abzulehnen. Das Ausdehnungsmodell ist nicht überzeugend, da es unsystematisch ist, anzunehmen, dass „die Tat“ i.S.d. § 20 StGB einen anderen Zeitraum umfasst, als § 8 StGB es anordnet. Überzeugend ist das Tatbestandsmodell, da es an § 22 StGB anknüpft und auch nicht gegen Art. 103 II GG verstößt.

Hinweis: Bei einer Klausur mag die sichere Lösung in der Wahl des Tatbestandsmodells liegen, da dieses als h.M. wohl regelmäßig erwartet werden dürfte und mögliche Folgeprobleme an diese Lösung anknüpfen könnten.

Wer der Unvereinbarkeitstheorie folgt, stellt nun das oben genannte Ergebnis (§§ 223, 224 StGB [-]) fest und prüft mit § 323a StGB weiter. Noch schöner wäre in diesem Fall sogar, die Unvereinbarkeitslehre erst bei der nächsten Prüfung – wenn an das Sich-Betrinken angeknüpft wird – zu nennen, wenn man nämlich sagen will, dass auch gegen das Tatbestandsmodell tiefgreifende Erwägungen sprechen. So zeigt man mit der neuen Prüfung und dem neuen Anknüpfungspunkt (s. sogleich), dass man auch das Tatbestandsmodell verstanden hat.

Wer – davon würde ich wegen der verfassungsrechtlichen Bedenken aber abraten – das Ausnahme- oder Ausdehnungsmodell vertritt, kann die Strafbarkeit hier feststellen. Wer hingegen die Tatbestandslösung verfolgt, prüft mit der neuen Handlung des vom Tatenschluss getragenen „Sich-Betrinkens“ auf der Basis der gerade getätigten Erörterungen die §§ 223, 224 StGB nochmals. So hier!

Wichtig ist es, i.R.d. a.l.i.c. deutlich zwischen den unterschiedlichen Anknüpfungspunkten zu differenzieren – hier also zwischen dem

Sich-Betrinken einerseits und der Körperverletzungshandlung andererseits.

B. STRAFBARKEIT DES A WEGEN GEFÄHRLICHER KÖRPERVERLETZUNG GEM. §§ 223 ABS. 1, 224 ABS. 1 NR. 4 STGB I.V.M. DEN GRUNDSÄTZEN DER VORSÄTZLICHEN A.L.I.C. DURCH DAS SICHBETRINKEN UND DEM ANSCHLIESSENDEN VERPRÜGELN DES X

A könnte sich durch das Betrinken und anschließende Verprügeln des X zusammen mit B wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB i.V.m. den Grundsätzen der vorsätzlichen a.l.i.c. strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

Der objektive und subjektive Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB sind erfüllt (s.o.). Zudem hat A auch seinen Defektzustand (BAK von 3,4 ‰ und die damit einhergehende Schuldunfähigkeit) durch das Sich-Betrinken vorsätzlich herbeigeführt. Er hatte auch den Vorsatz, in diesem Zustand den X zu verprügeln und damit den Tatbestand (§§ 223, 224 StGB) zu verwirklichen (sog. „Doppelvorsatz“).

Hinweis zum Doppelvorsatz: „Neben dem Vorsatz, sich in den Zustand der Schuldunfähigkeit zu versetzen, muss der ‚Doppelvorsatz‘ bei der Defektherbeiführung darauf gerichtet sein, eine bestimmte Straftat auszuführen. Dafür genügt nicht das Wissen des Täters, unter Alkoholeinfluss zu Gewalttaten zu neigen. Vielmehr muss der Tatvorsatz auf die Begehung

*einer zwar nicht notwendig schon in allen Einzelheiten, aber doch hinreichend konkretisierten Tat gerichtet sein.*¹⁶

II. Rechtswidrigkeit

A handelte auch rechtswidrig.

III. Schuld zum Zeitpunkt des Sich Betrinkens

Zum Zeitpunkt des Sich-Betrinkens war A auch voll schuldfähig. A handelte somit auch schuldhaft.

IV. Ergebnis

A hat sich wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB i.V.m. den Grundsätzen der a.l.i.c. strafbar gemacht.

C. STRAFBARKEIT DES A WEGEN VOLLRAUSCHS GEM. §§ 323A ABS. 1 STGB

A könnte sich durch das Sich-Betrinken und anschließende Verprügeln des X wegen Vollrauschs gem. § 323a Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

A hat sich vorsätzlich in einen Rausch versetzt.

II. Rechtswidrigkeit und Schuld

A handelte auch rechtswidrig und schuldhaft.

III. Objektive Bedingung der Strafbarkeit¹⁷

A hätte eine Rauschtat begehen müssen, die nur wegen Schuldunfähigkeit (§ 20 StGB) nicht bestraft werden kann. Hier hat A zwar in seinem Rausch eine rechtswidrige gefährliche Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB verwirklicht. Diese kann jedoch (nach den Grundsätzen der a.l.i.c.) bestraft werden, sodass § 323a StGB aus diesem Grund ausscheidet.¹⁸

IV. Ergebnis

A hat sich nicht wegen Vollrauschs gem. § 323a StGB strafbar gemacht.

D. STRAFBARKEIT DES B WEGEN GEFÄHRLICHER KÖRPERVERLETZUNG GEM. §§ 223 ABS. 1, 224 ABS. 1 NR. 4 STGB DURCH VERPRÜGELN DES X

B könnte sich durch das Verprügeln des X zusammen mit A wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

B hat den Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB in derselben Weise wie A objektiv verwirklicht. B hatte (während des Verprügelns) auch Vorsatz, X zu verprügeln und dies gemeinschaftlich mit A zu unternehmen.

¹⁶ Rengier AT, § 25 Rn. 22.

¹⁷ Die Rauschtat ist bei § 323a StGB als objektive Bedingung der Strafbarkeit ausgestaltet. D.h. auf sie muss sich der Vorsatz **nicht** beziehen. Dies lässt sich damit erklären, dass das Gesetz das Sich-Berauschen allein als nicht so schwerwiegendes Unrecht ansieht, dass zur Erhaltung der Normanerkennung eine Bestrafung erforderlich ist. Das Vorliegen der objektiven Strafbarkeitsbedingung be-

seitigt hier also kein der Bestrafung entgegenstehendes Interesse, sondern ist Voraussetzung dafür, dass überhaupt ein generalpräventives Interesse an der Bestrafung besteht. Aufgrund dieser Einordnung muss sich der Vorsatz auf die Rauschtat nicht beziehen. Prüfungspunkt der objektiven Strafbarkeitsbedingung ist im Rechtsgutachten also regelmäßig erst nach der Schuld.

¹⁸ A.A. Vollrausch ist tatbestandlich gegeben, aber subsidiär.

II. Rechtswidrigkeit

B handelte rechtswidrig.

III. Schuld

B müsste auch schuldhaft gehandelt haben. Auch B könnte gem. § 20 StGB schuldunfähig gewesen sein. Er wies zum Tatzeitpunkt eine BAK von 3,5 ‰ auf, zeigte zudem deutliche alkoholbedingte Ausfallerscheinungen und befand sich damit nach den oben genannten Grundsätzen in einem Zustand, aufgrund dessen er nicht mehr in der Lage war das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln. B war damit schuldunfähig.

Eine Strafbarkeit des B könnte jedoch nach den Grundsätzen der „actio libera in causa“ in Betracht kommen. Die Streitfrage, ob diese rechtsdogmatische Figur zulässig ist und wie sie zu behandeln ist, wurde bereits oben zugunsten des Tatbestands- bzw. Vorverlagerungsmodells entschieden.

IV. Ergebnis

B hat sich daher nicht wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB durch das Verprügeln des X strafbar gemacht.

E. STRAFBARKEIT DES B WEGEN GEFÄHRLICHER KÖRPERVERLETZUNG GEM. §§ 223 ABS. 1, 224 ABS. 1 NR. 4 STGB DURCH SICH-BETRINKEN UND ANSCHLIESSENDES VERPRÜGELN DES X NACH DEN GRUNDSÄTZEN DER VORSÄTZLICHEN A.L.I.C.

Indem sich B betrank und anschließend X zusammen mit A verprügelte, könnte er sich wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB i.V.m. den

Grundsätzen der vorsätzlichen a.l.i.c. strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

Den objektiven und subjektiven Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB hat B erfüllt (s.o.).

B hat auch seinen Defektzustand (BAK von 3,5 ‰ und damit einhergehende Schuldunfähigkeit) durch das Sich-Betrinken vorsätzlich herbeigeführt. Jedoch ist sein Vorsatz zur Begehung der Tat in schuldunfähigem Zustand fraglich, da ihm zwar bewusst ist, dass sein Hass auf X, zusammen mit der alkoholbedingten Enthemmung, dazu führen könnte, dass er dem X eine Abreibung verpasst, er aber letztendlich ernsthaft darauf vertraute, diesmal friedlich zu bleiben. B fand sich hiermit also gerade nicht im Sinne eines Eventualvorsatzes ab. Er handelte nur (bewusst) fahrlässig hinsichtlich der gefährlichen Körperverletzung. Daher fehlt ihm der Doppelvorsatz.

Eine Strafbarkeit nach den Grundsätzen der vorsätzlichen a.l.i.c. kommt daher nicht in Betracht.

II. Ergebnis

B hat sich nicht wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB i.V.m. den Grundsätzen der a.l.i.c. strafbar gemacht.

F. STRAFBARKEIT DES B WEGEN FAHRLÄSSIGER KÖRPERVERLETZUNG GEM. § 229 STGB¹⁹

Indem B sich betrank und X anschließend verprügelte, könnte er sich wegen fahrlässiger Körperverletzung gem. § 229 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

Hinweis: Fraglich ist hier, an welche tatbestandliche Handlung anzuknüpfen ist. Knüpft man an das Verprügeln an, war B – wie oben geprüft – schuldunfähig. Knüpft man an das Sich-Betrinken an, stellt sich die Frage, ob auch hier die a.l.i.c. den Grund für die Strafbarkeit darstellt. Bei fahrlässigen Erfolgsdelikten (wie §§ 222, 229 StGB) ist der Rückgriff auf die umstrittene Figur der a.l.i.c. aber gar nicht notwendig: Hier kann nach allgemeinen Grundsätzen der Fahrlässigkeit an das kausale und pflichtwidrige Sich-Betrinken in Kenntnis der Tatgeneigtheit als strafrechtlich relevantes Verhalten angeknüpft werden.²⁰ Wegen der verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die a.l.i.c. ist eine solche Vorgehensweise vorzuzugwürdig.

1. B hat eine Körperverletzung an X (§ 223 StGB) objektiv verwirklicht (s.o.). Das Sich-Betrinken war kausal für die Körperverletzung des X.
2. Sich derart zu betrinken, dass man, wie man weiß, zu Gewalttätigkeiten neigt, verletzt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt.
3. Dabei war objektiv vorhersehbar, dass B im volltrunkenen Zustand anderen Personen Körperverletzungen zufügen könnte.

¹⁹ Bis zu den Fahrlässigkeitsdelikten seid Ihr in der Vorlesung noch nicht gekommen. Dennoch solltet Ihr die Prüfung in Gänze durchdenken.

4. Bei einem pflichtmäßigen Alternativverhalten – hätte sich B also nicht in den Zustand der Volltrunkenheit begeben – wäre der Erfolg nicht eingetreten. Der Pflichtwidrigkeitszusammenhang ist daher auch gegeben.

II. Rechtswidrigkeit

B handelte rechtswidrig.

III. Schuld

B müsste auch schuldhaft gehandelt haben. Auch subjektiv war B seine Sorgfaltswidrigkeit vorzuwerfen. Im Zeitpunkt des Sich-Betrinkens war B noch schuldfähig. B handelte folglich auch schuldhaft.

IV. Ergebnis

B hat sich wegen fahrlässiger Körperverletzung gem. § 229 StGB strafbar gemacht.

G. STRAFBARKEIT DES B WEGEN VOLLRAUSCHS GEM. § 323A ABS. 1 STGB

B könnte sich durch das Betrinken und anschließende Verprügeln des X wegen Vollrauschs gem. § 323a Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Objektiver und subjektiver Tatbestand

B hat sich vorsätzlich in einen Rausch versetzt.

II. Rechtswidrigkeit und Schuld

B handelte rechtswidrig und schuldhaft.

III. Objektive Bedingung der Strafbarkeit

B hätte eine Rauschtat begehen müssen, die nur wegen Schuldunfähigkeit (§ 20 StGB) nicht bestraft werden kann. Hier hat sich B wegen

²⁰ Vgl. Rengier AT, § 25 Rn. 27.

Kommentiert [FS1]: Ein Anknüpfen an das Verprügeln müsste doch aber deshalb ausscheiden, weil dieses vorsätzlich erfolgt ist >> FLK und Vorsatz als aliud >> bei Vorsatz kann somit keine FLK vorliegen!

der im Rausch begangenen Tat zwar nach § 229 StGB strafbar gemacht, nicht jedoch wegen §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB. Denn es liegt keine vorsätzliche a.l.i.c. vor, aufgrund derer die vorsätzlich begangene Rauschtat bereits bestraft werden könnte. Daher ist vorliegend eine Rauschtat durch B gegeben – nämlich eine vorsätzliche gefährliche Körperverletzung –, die nur wegen Schuldunfähigkeit (§ 20 StGB) nicht bestraft werden kann.

IV. Ergebnis

B hat sich wegen Vollrauschs gem. § 323a Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

*Hinweis: Auf den ersten Blick könnte man einwenden, B werde jetzt stärker bestraft, nämlich gleich aus zwei Delikten (§ 229 und § 323a StGB), als A, für den § 323a StGB ausscheidet. Das ist aber schon deswegen nicht so, weil A wegen **gefährlicher** Körperverletzung bestraft wird, was einen Strafraum bis zu zehn Jahren eröffnet. Außerdem stehen § 229 und § 323a StGB in Tateinheit miteinander, es wird also im Ergebnis nur auf eine Strafe erkannt (§ 52 Abs. 1 StGB). Dass die beiden Delikte in Tateinheit stehen, begründet sich damit, dass eine Bestrafung des B allein aus § 229 StGB nicht klar machen würde, dass B den X **vorsätzlich** (wenn auch im schuldunfähigen Zustand) verprügelte.²¹*

²¹ Vgl. Rengier Strafrecht BT II, 253. Aufl. 2024~~3~~, § 41 Rn. 3.

Zweiter Tatkomplex: Das Geschehen an der Felswand

A. STRAFBARKEIT DES B WEGEN TOTSCHLAGS GEM. § 212 ABS. 1 STGB

Indem B das Seil abtrennte, an dem X hing, könnte er sich wegen Totschlags gem. § 212 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben.

I. Tatbestand

1. Durch das Kappen des Seiles durch B ist X in die Tiefe gestürzt und gestorben. Die Handlung des B war auch kausal für den Erfolg und der Erfolg ist B objektiv zurechenbar.

2. B hatte zudem Wissen hinsichtlich des Todes von X. Er handelte folglich mit *dolus directus* 2. Grades.

II. Rechtswidrigkeit

B müsste auch rechtswidrig gehandelt haben.

1. Notwehr, § 32 StGB

Hier könnte B wegen Notwehr gem. § 32 StGB gerechtfertigt sein. Dafür müsste zunächst eine Notwehrlage in Form eines gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriffs vorliegen. Unter einem Angriff versteht man jede durch menschliches Verhalten drohende Verletzung rechtlich geschützter Güter oder Interessen.²² Zwar ist das Leben des B infolge des Absturzes des X bedroht, jedoch folgt diese Bedrohung nicht aus einem beherrschten oder beherrschbaren Verhalten des X – vielmehr liegt ein Unglücksfall vor. Mangels eines Angriffs scheidet eine Rechtfertigung gem. § 32 StGB demnach aus.

2. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB

B könnte durch den rechtfertigenden Notstand gem. § 34 StGB gerechtfertigt sein.

a) Dazu müsste zunächst eine Notstandslage, also eine gegenwärtige Gefahr für ein Individual- oder Universalrechtsgut, vorliegen. Eine Gefahr ist ein Zustand, der stets in eine Rechtsgutsbeeinträchtigung umschlagen kann.²³ Gegenwärtig ist die Gefahr, wenn die Weiterentwicklung den Eintritt des Schadens ernstlich befürchten lässt, sofern nicht alsbald Abwehrmaßnahmen ergriffen werden.²⁴ B drohte, unmittelbar abzustürzen und dabei tödlich zu verunglücken, denn A konnte das Seil nicht mehr lange halten. Eine gegenwärtige Gefahr für das Leben des B lag somit vor.

b) B müsste eine geeignete, erforderliche und angemessene Notstandshandlung vorgenommen haben. Zudem müsste eine Interessenabwägung ergeben, dass das geschützte Interesse das beeinträchtigte Interesse wesentlich überwiegt.

aa) Das Abschneiden des Seils, an dem X hing, war geeignet um die Gefahr für das Leben des B zu beenden. Es waren in dieser Situation für B auch keine mildereren, gleich geeigneten Mittel ersichtlich, um sein Leben zu retten. Die Notstandshandlung war somit auch erforderlich.

bb) Das geschützte Interesse müsste das beeinträchtigte Interesse wesentlich überwiegen. Hier stehen sich die Leben von X und B gegenüber. Zwar wäre X auch dann gestorben, wenn B das Seil nicht durchgeschnitten hätte und beide abgestürzt wären. Jedoch ist das Leben als höchstes Rechtsgut abwägungsresistent. Auch eine kurze Lebensspanne kann

Kommentiert [FS2]: Ist die Angemessenheit nicht gerade in der Interessenabwägung zu prüfen? Das doppelt sich doch dann etwas

²² Kühl Strafrecht AT, 8. Aufl. 2017, § 7 Rn. 23.

²³ Rengier AT § 19 Rn. 9.

²⁴ Wessels/Beulke/Satzger AT, Rn. 462.

nicht zur Disposition gestellt werden.²⁵ Ein Überwiegen kann somit nicht festgestellt werden.

c) Folglich ist B nicht gem. § 34 StGB gerechtfertigt.

3. Zwischenergebnis

B handelte rechtswidrig.

III. Schuld

B müsste schließlich auch schuldhaft gehandelt haben. Schuldaußschließungsgründe sind vorliegend nicht ersichtlich. Allerdings könnte zugunsten des B der Entschuldigungsgrund des § 35 StGB (Entschuldigender Notstand) eingreifen.

1. Dazu müsste zunächst eine Notstandslage vorliegen.

Hier liegt eine Gefahr für das Leben des B – ein gem. § 35 Abs. 1 S. 1 StGB notstandsfähiges Rechtsgut – vor. Diese ist auch gegenwärtig (s.o.).

2. B müsste eine zulässige Notstandshandlung vorgenommen haben.

a) Das Kappen des Seils war geeignet und erforderlich, um die Gefahr „von sich“ (§ 35 Abs. 1 S. 1 StGB) abzuwenden (s.o.).

b) Schließlich hätte B gem. § 35 Abs. 1 S. 2 StGB nicht zugemutet werden dürfen, die Gefahr hinzunehmen. Dies wäre u.a. dann der Fall, wenn B die Gefahr selbst verursacht hätte (vgl. das in der Norm genannte Regelbeispiel). Vorliegend hat B an der Bergtour mit X und A zusammen teilgenommen. Fraglich ist, ob dies bereits ausreicht.

aa) Nach einer Ansicht soll jede Verursachung der Gefahr ausreichen.²⁶ Die Tatsache, dass B die Bergtour mitmacht, ist (mit-)kausal dafür, dass nun ihm und X der Absturz droht. Demnach wäre ihm die Gefahr zuzumuten gewesen.

bb) Nach anderer Ansicht ist für § 35 Abs. 1 S. 2 StGB erforderlich, dass der Täter die Gefahr unmittelbar durch sein vorangegangenes Verhalten in objektiv pflichtwidriger Weise verursacht hat.²⁷ Erst dann werde durch diese Pflichtverletzung die Unrechtsminderung kompensiert – die entstandene Zwangslage ist dann kein Zufall mehr, sondern liegt im Verantwortungsbereich des Täters. B handelte hier nicht pflichtwidrig, sodass ihm die Gefährdung seines Lebens nicht zumutbar ist.

cc) Nach einer weiteren Ansicht muss die Gefahr sogar schuldhaft verursacht worden sein.²⁸ Dies ist hier erst recht nicht ersichtlich. Auch danach wäre B die Hinnahme der Gefahr nicht zumutbar.

dd) Eine rein naturwissenschaftliche Verursachung – wie sie die erstgenannte Ansicht propagiert – kann nicht ausreichen, um dem Gefährdeten einen Entschuldigungsgrund abzusprechen, wenn er Gefahren von sich abwehren will. Vielmehr ist hier eine normative Betrachtung erforderlich, nach der die Gefahr nur zugemutet werden kann, wenn sie sich aus dem Verantwortungsbereich des Gefährdeten ergibt. Auch besondere Gefahrtragungspflichten, die sich daraus ergeben könnten, dass es sich bei einer Bergtour, um ein gefährliches Unternehmen handelt, führen hier nicht zu einem Ausschluss des Entschuldigungsgrunds.

²⁵ Schönke/Schröder/Perron § 34 Rn. 23 f., 32; a.A. Otto Strafrecht AT, 7. Aufl. 2004, § 8 Rn. 191 ff., insb. zum Bergsteigerfall Rn. 193.

²⁶ Heute kaum noch vertreten, vgl. Rengier AT, § 26 Rn. 18.

²⁷ So die h.M. vgl. ebd., Rn. 19.

²⁸ Schönke/Schröder/Perron, § 35 Rn. 20.

gungsgrundes. Insoweit besteht nur eine allgemeine Hilfspflicht. Diese geht jedoch nicht soweit, dass man den eigenen Tod riskieren muss, um das Leben eines anderen möglicherweise zu retten bzw. zu verlängern.

c) B wäre die Gefahrtragung auch zumutbar gewesen, wenn der dem Notstandsoffer zugefügte Schaden in einem deutlichen Missverhältnis zum drohenden Schaden gestanden hätte (Verhältnismäßigkeit). Hier drohte B jedoch der Tod. Ein deutliches Missverhältnis ist nicht ersichtlich.

3. B handelte schließlich in Kenntnis seiner Notstandslage und gerade deshalb, um die Gefahr für sein Leben abzuwehren. Das subjektive Element ist daher ebenso gegeben.

3. Zwischenergebnis

B handelte aufgrund des entschuldigenden Notstands gem. § 35 StGB nicht schuldhaft.

IV. Ergebnis

B hat sich nicht gem. § 212 Abs. 1 StGB strafbar gemacht.

B. GESAMTERGEBNIS

A hat sich wegen gefährlicher Körperverletzung gem. §§ 223 Abs. 1, 224 Abs. 1 Nr. 4 StGB i.V.m. den Grundsätzen der a.l.i.c strafbar gemacht. B hat sich wegen fahrlässiger Körperverletzung gem. § 229 StGB in Tateinheit mit Vollrausch (§ 323a Abs. 1 StGB) strafbar gemacht.